

Eine Chance für Kommunen und Land

Gemeinwohl-Ökonomie: Rund 600 Zuhörer verfolgten Vortrag und Diskussion mit Christian Felber

Christian Felber hat im Erwin-Piscator-Haus die Grundideen der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) vorgestellt. Heimische Politiker diskutierten anschließend über die Ideen der Bewegung, die Felber mit Initiierte.

von Manfred Schubert

Marburg. Wollen wir immer weiter in Richtung eines Kapitalismus mit immer reicheren Reichen, unbezahlbar werdenden Mieten und Privatisierungen gehen? Oder ist es Zeit, das umzusetzen, was eigentlich in den Verfassungen so gut wie jedes Landes bereits steht: dass die Wirtschaft dem Wohl aller und nicht der Rendite weniger zu dienen hat?

„Die Gemeinwohl-Ökonomie versucht einen Weg zu zeigen, der anders sein kann, der keine Revolution darstellt, der aber vielleicht das ändert, was an unserem jetzigen System nicht gut funktioniert“, sagte Josef Rother, Koordinator der Regionalgruppe Gemeinwohlökonomie Lahn-Eder und Moderator der Veranstaltung eingangs.



An der Diskussion beteiligten sich Angela Dorn (von links, Bündnis 90/Die Grünen), Handan Özgüven (SPD), Josef Rother (Koordinator der GWÖ-Regionalgruppe Lahn-Eder), Christian Felber (Mitinitiator der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung), Jan Schalauske (Die Linke) und Marian Zachow (CDU). Kleines Bild: Christian Felber im Erwin-Piscator-Haus. Fotos: Manfred Schubert



Anfängen zurück, zu Aristoteles, der der Ökonomie ihren Namen gab und sie als eigenständige Wissenschaftsdisziplin begründete. Aristoteles unterscheidet bereits zwischen zwei Wirtschaftsformen. Bei der „Ökonomie“ gehe es um die Haushaltsführung, die für Nachhaltigkeit und Ausgleich Sorge, bei der das Wohl aller Haushaltsmitglieder erreicht werde. Das Geld sei zwar wichtig, man solle es nicht verschmähen, aber es sei ein Mittel und nicht das Ziel. Wenn dieses Verhältnis verkehrt, der Kapitalerwerb zum Zweck und Ziel der Wirtschaft werde, dann wäre das nach Aristoteles gar keine „Ökonomie“ mehr, sondern vielmehr ihr Gegenteil, Chrematistik, der Kunst des Gelderwerbs.

Diese Unterscheidung fehle in den allermeisten Lehrbüchern heutzutage, die Ausbildung der Ökonomen sei einseitig und unvollständig. Die Chrematis-

ten hätten den Begriff besetzt und mit seiner gegenteiligen Bedeutung, Ökonomie sei Kapitalismus, aufgeladen. Begriffe wie Exportweltmeister, Pro-Kopf-Einkommen oder Bruttoinlandsprodukt seien heute keine Kennzahlen mehr, auf die es wesentlich ankomme. Sondern darauf, dass die Umwelt und das Weltklima stabil seien, dass niemand auf der Flucht sei, „dass wir keine Waffen produzieren, dass wir ruhig schlafen“.

Umweltzerstörung würde es nicht geben

Im Kernmodell der GWÖ könne beispielsweise – bei adäquater Umsetzung – eine Umweltzerstörung nicht stattfinden, da entsprechende Wirtschaftsaktivitäten deaktiviert würden, die dazu geführt haben. Das integrierte, ganzheitliche Wirtschaftsmodell nehme alles in den Blick. Das übergeordnete

Ziel ist das Gemeinwohl. Um dies zu erreichen, steht die Gemeinwohl-Ökonomie vor, Unternehmen, Kommunen, Regionen, Schulen und Vereine danach zu bewerten, inwieweit sie sich für das Gemeinwohl einsetzen. Dazu dient eine „Gemeinwohl-Matrix“, entsprechend der die Achtung der Menschenwürde, Solidartät und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mittentscheidung bewertet und zertifiziert werden. „Die Matrix sorgt dafür, dass man nur erfolgreich sein kann, wenn man die Gesellschaft reicher macht“, sagte Felber. Das zutiefst unintelligente Design der Marktwirtschaft solle korrigiert werden, ethisches, nachhaltiges, klimafreundliches, humanes Verhalten von Unternehmen gefördert werden.

Bei einer Umfrage der Bundesregierung hätten sich in Deutschland nur 18 Prozent für die Beibehaltung des Bruttoinlandsprodukts als oberstes Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgesprochen, 67 Prozent für eine Ablöse durch Bruttonationalglück. „Wie würde eine demokratische Regierung reagieren?“, fragte Felber und erntete Gelächter.

Seit dem Start 2010 in Wien mit zwölf Kleinunternehmen sei die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung gewachsen. Zurzeit unterstützten knapp 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen und 2000 Unternehmen weltweit die Idee. Rund 400 Unternehmen seien Mitglied oder hätten bereits eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt, als erste deutsche Bank die Sparda-Bank in München.

Politiker diskutierten die Ideen

An der anschließenden Diskussion nahmen die Landtagskandidaten Angela Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Handan Özgüven (SPD) und Jan Schalauske (Die Linke) sowie der Erste Kreisbeigeordnete Marian Zachow teil. Josef Rother fragte, wie unsere Wirtschaft gemeinwohlorientierter werden könnte.

Zachow sagte, dass wir es nicht mit Kapitalismus, sondern sozialer Marktwirtschaft in Deutschland zu tun hätten. Auch wenn man ein Stück von den Idealen der Verfassung entfernt sei, habe man doch das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ in vielen realisiert.